



Wie soll die Polizei an Kriminalitäts- und Gewalthotspots vorgehen?

Eine Sammlung von Einschätzungen der Mitarbeitenden der Kantonspolizei Basel-Stadt

Juni 2024

Bettina Frei ¹

Die polizeiliche «Bewirtschaftung» – also die professionelle, langfristige Handhabung – von Kriminalitäts- und Gewalthotspots ist für die Polizei ausgesprochen personalintensiv. Zudem stellt sie hohe Anforderungen an die intra- und inter-institutionelle Zusammenarbeit und Koordination.

Was bewährt sich in der Handhabung von Hotspots? Was funktioniert noch weniger gut? Was sind Ideen für die künftige Bewirtschaftung der genannten Orte? Eine online-Umfrage unter Mitarbeitenden der Kantonspolizei Basel-Stadt ersuchte um persönliche Meinungen und Erfahrungen. Die Resultate geben einen Einblick in die Themen, welche Polizistinnen und Polizisten im Rahmen der ressourcenintensiven Handhabung von Hotspots beschäftigen.

Im Zentrum dieser Themen stehen bewährte Methoden der Polizeiarbeit, wie die repressiven Massnahmen, Präsenz und Patrouillen oder Videoüberwachung und Beleuchtung. Verbesserungsvorschläge zielen vor allem auf die Optimierung solcher Massnahmen ab. Darüber hinaus ist der personelle Unterbestand und die (den polizeilichen Massnahmen nachgelagerte) Strafverfolgungskette ein wichtiges Thema. Weiter wird eine limitierte Wirkungsmacht gegenüber bestehenden Strukturen kundgetan, was Unzufriedenheit mit dem Arbeitsumfeld der Polizistinnen und Polizisten schürt.

¹ Bettina Frei (Dr. Phil I) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt. Die Kurzstudie hat explorativen Charakter und ist nicht repräsentativ. Zudem basiert sie auf den methodischen Verdichtungen und Interpretationen der Autorin. Diese entsprechen nicht zwingend denjenigen der Kantonspolizei Basel-Stadt. Die Autorin bedankt sich bei den an der Umfrage Teilnehmenden für ihr Mitmachen und ihre Auskunftsbereitschaft. Kontakt: kapo.polizeiwissenschaften@jsd.bs.ch

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	2
1. Ziel und Erkenntnisinteresse	3
2. Konzeption der Umfrage	3
3. Vorgehen bei der Auswertung	3
4. Resultate der Auswertung	4
5. Diskussion	10
6. Schluss.....	11
7. Bibliographie.....	11

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Einbindung in die Praxis.....	4
Abbildung 2: Kategorien/Themenbereiche wirksame Massnahmen.....	5
Abbildung 3: Kategorien/Themenbereiche für «Was funktioniert nicht»	6
Abbildung 4: Kategorien/Themenbereiche zu «Ideen für die Zukunft».....	8
Tabelle 1: Erläuterung der Kategorien/Themenbereiche zu wirksamen Massnahmen	5
Tabelle 2: Erläuterung der Kategorien/Themenbereiche für «Was funktioniert nicht»	7
Tabelle 3: Erläuterung der Kategorien/Themenbereiche zu «Ideen für die Zukunft»	9

1. Ziel und Erkenntnisinteresse

Die polizeiliche Handhabung von Kriminalitäts- und Gewalthotspots ist anspruchsvoll und ressourcenintensiv. Eine online-Umfrage unter den Mitarbeitenden der Kantonspolizei Basel-Stadt hatte zum Ziel, Einschätzungen und Ideen von Praktikerinnen und Praktikern zu sammeln und sichtbar zu machen. Die Umfrage sprach die gesamte Belegschaft an, hoffte aber insbesondere auf die Rückmeldung von Ideen und Anregungen von uniformierten Mitarbeitenden.

Die Umfrage ist nicht repräsentativ und sie entspricht auch in keiner Weise einer institutionellen Stellungnahme. Vielmehr wurde sie als exploratives Teilstück im Kontext einer analytischen Aufarbeitung der polizeilichen «Bewirtschaftung» – der in der Praxis gängige Begriff für eine professionelle, langfristige Handhabung – von Hotspots durchgeführt. Dort ergänzt die Befragung eine entsprechende Literaturrecherche, eine themengleiche Umfrage unter schweizerischen Polizeikörpern, sowie eine vertiefte Besprechung von aktuellen und möglichen Massnahmen der Kantonspolizei Basel-Stadt anhand von Interviews mit Expertinnen und Experten.

2. Konzeption der Umfrage

Um möglichst viele Mitarbeitende zu erreichen, wurde die Belegschaft in einem internen Informationsmailing auf die online-Umfrage aufmerksam gemacht. Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig und sollte niederschwellig sein.

Die Befragung bestand aus drei Leitfragen: Welche Massnahmen schätzt Du als besonders wirksam an den Hotspots ein und warum? Was hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gezeigt und warum? Hast Du Ideen für die zukünftige polizeiliche Hotspot-Bewirtschaftung? Zu jeder Frage wurde ein Antwortfeld für offene Rückmeldungen angeboten. Einzelne Fragen konnten bei der Teilnahme auch übersprungen werden.

In Umfrage wurde zwischen dem 27. Februar und 20. März 2024 durchgeführt und wurde konsequent anonym gehalten. Letzteres sollte die Mitarbeitenden ermutigen, Rückmeldungen offen darzulegen. Damit trotz Anonymität ein Rückschluss auf den Umfang und die Aktualität des individuellen Erfahrungsschatzes besteht, konnte in der Befragung die Anzahl der im Kalenderjahr 2023 an Basler Hotspots geleisteten Einsätze notiert werden.

Insgesamt meldeten sich 36 Mitarbeitende der Kantonspolizei Basel-Stadt. Unter Berücksichtigung der «Informationsflut», welcher die Mitarbeitenden ausgesetzt sind, wie auch ihrer zeitlichen Auslastung, hat die Anzahl der Rückmeldungen die Erwartungen der Autorin übertroffen.

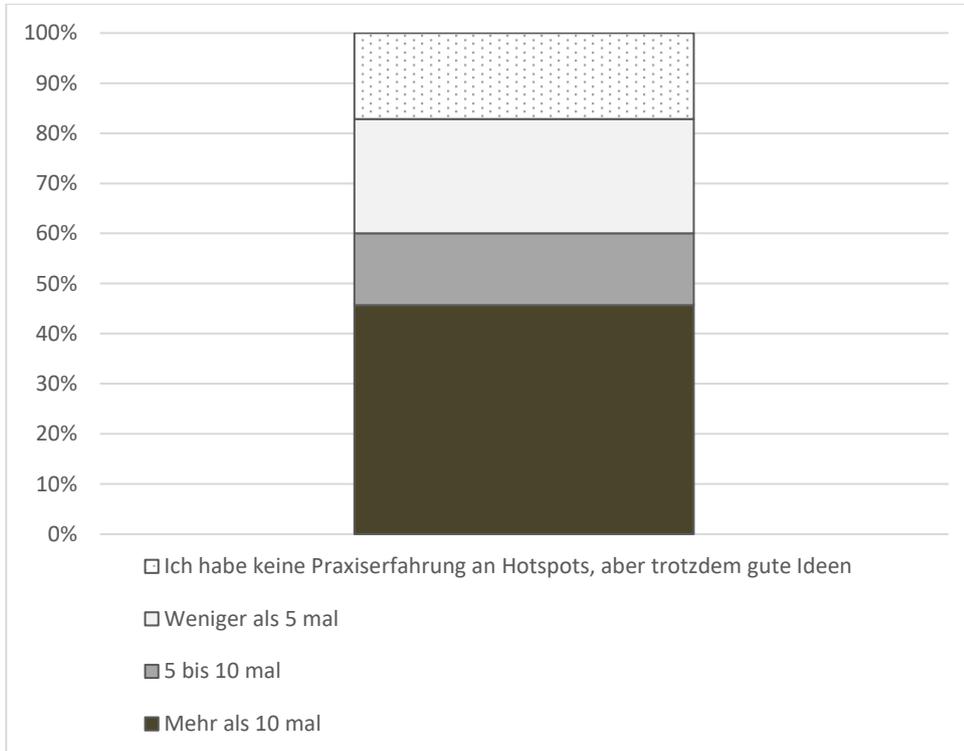
3. Vorgehen bei der Auswertung

Die Antworten auf die drei gestellten Fragen wurden zwecks Analyse induktiv erst in summarische Kategorien eingeordnet, welche als unterschiedliche «Massnahmenbereiche» bezeichnet werden können – Präsenz und Patrouillen, Partnerschaften, niederschwellige Ansprachen von potenziellen Problemgruppen, repressive Massnahmen sowie Massnahmen im Bereich der städtebaulichen Kriminalprävention. Dazu kamen weiter auch die Umsetzung der Massnahmen tangierende «Problembereiche», wie die Strafverfolgung und die Personalsituation, ebenfalls induktiv entwickelte Kategorien. Danach wurden in die jeweiligen Kategorien entsprechend genannte Massnahmen eingeordnet – zum Beispiel im Bereich der städtebaulichen Massnahmen Erwähnungen von «Videoüberwachung» und «Beleuchtung». Auf diese Weise wurden Nennungen «gezählt», um gewisse Gewichtungen zu identifizieren respektive vornehmen zu können.

4. Resultate der Auswertung

Von den Rückmeldenden wurden folgende Angaben zu ihrer Einbindung in die Praxis gegeben:

Abbildung 1: Einbindung in die Praxis



N=35 individuelle Rückmeldungen zur Erfahrung mit der polizeilichen Hotspot-Bewirtschaftung: Erfragt wurde die Einbindung an den Hotspots im Jahr 2023, «Ich wurde im 2023 an Hotspots eingesetzt...».

Rund 60 Prozent der Antwortenden verfügten zum Zeitpunkt der Umfrage über eine grössere und aktuelle Praxiserfahrung an den Hotspots. Sie wurden im Jahr 2023 «mehr als 10 mal» oder «5 bis 10 mal» im Aussendienst an den genannten Örtlichkeiten eingesetzt.

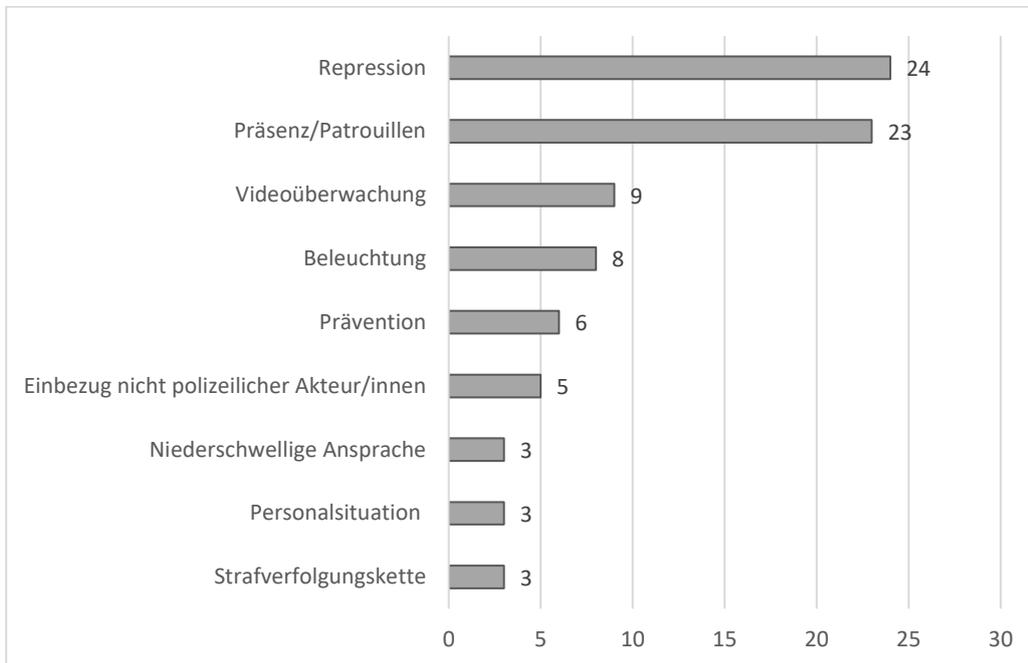
Die Auswertung gemäss den drei gestellten Fragen ergab folgendes Bild:

Frage 1: Welche Massnahmen schätzt Du als besonders wirksam an den Hotspots ein und warum?

Zu dieser Leitfrage gab es insgesamt 36 Beantwortungen. Unterschiedliche wirksame Massnahmen oder Themenbereiche wurden genannt und von der Autorin in Kategorien verdichtet.

Bei den als wirksam erachteten Massnahmen wurden hauptsächlich die Repression und die Präsenz/Patrouillen als die erfolgreichen Instrumente der Polizeiarbeit bei der Hotspot-Bewirtschaftung genannt (vgl. Abbildung 2). Bei der Kategorie der städtebaulichen Kriminalprävention wurde die Videoüberwachung und die Beleuchtung öfter erwähnt und als wirkungsvoll gesehen. Im Gegensatz etwa zu Repression und Präsenz/Patrouillen wurden Partnerschaften und Zusammenarbeit mit nicht polizeilichen Akteurinnen und Akteuren als weit weniger wirksam beurteilt.

Abbildung 2: Was sind wirkungsvolle Massnahmen?



N=36 individuelle Rückmeldungen. Resultate sind hier nach Anzahl (von der Autorin durch Verdichtung geschaffenen) «Nennungen» geordnet.

Die Teilfrage nach dem «Warum» - warum bestimmte Massnahmen als wirkungsvoll eingeschätzt werden-, wurde nur teilweise beantwortet. Oft wurden stattdessen bei den Beantwortungen Voraussetzungen genannt, die gegeben sein müssten, damit Massnahmen ihre positive Wirkung entfalten könnten.² So wurden etwa bei der Personalsituation und der Strafverfolgung Probleme festgestellt, die die Wirksamkeit der Massnahmen beeinträchtigten (vgl. Beantwortungen zur Frage 2).

In der nachfolgenden Tabelle werden bei den genannten Kategorien die von den Teilnehmenden aufgeführten Gründe für eine positive Wirkung der angewandten Massnahmen erläutert (s. rechte Spalte). Es handelt sich dabei jeweils um eine induktive Verdichtung der Antworten.

Tabelle 1: Massnahmenkategorien und Gründe für die Wirksamkeit von Massnahmen

Wirkungsvolle Massnahmen	Gründe für die Wirksamkeit der Massnahmen
Repression (Personenkontrollen)	- Konsequentes Durchgreifen und Aufzeigen der Konsequenzen auf delinquentes Verhalten – schreckt potenzielle Straftatpersonen ab
Präsenz/Patrouillen (Fusspatrouillen, statische Präsenz)	- Man «kennt» die potenzielle Straftäterschaft/kann sie identifizieren - Durch Sichtbarkeit kann Kriminalität und Gewalt verhindert werden - Potenzielle Tatpersonen werden abgeschreckt - Kontinuierliches «Stören» der potenziellen Straftatpersonen, so dass delinquentes Verhalten sich nicht entfalten kann
Videoüberwachung	- Positiv für die Strafverfolgung, weil Erleichterung und Beschleunigung der Aufklärung

² Weil sich die bei Frage 1 genannten Voraussetzungen für die Wirksamkeit von Massnahmen und die bei Frage 2 aufgeführten Gründe, weshalb Massnahmen nicht wirksam sind, entsprechen, werden die Voraussetzungen in Frage 2 betrachtet.

Beleuchtung	- Holt potenzielle Tatpersonen aus der Anonymität
Prävention	Darunter wird die präventive Wirksamkeit z.B. von niederschwelliger Ansprache, Beleuchtung, Präsenz, Videoüberwachung, etc. verstanden - Kriminalität und Gewalt können verhindert werden
Einbezug nicht polizeilicher Akteur/innen	- Vernetzt mit diversen Partner/innen können Problem ganzheitlich angegangen werden
Niederschwellige Ansprache	- Ansprache der potenziell delinquenten, problematischen Personengruppen: man kann Personen identifizieren

Massnahmenkategorien sowie genannte Gründe für die Wirksamkeit von Massnahmen.

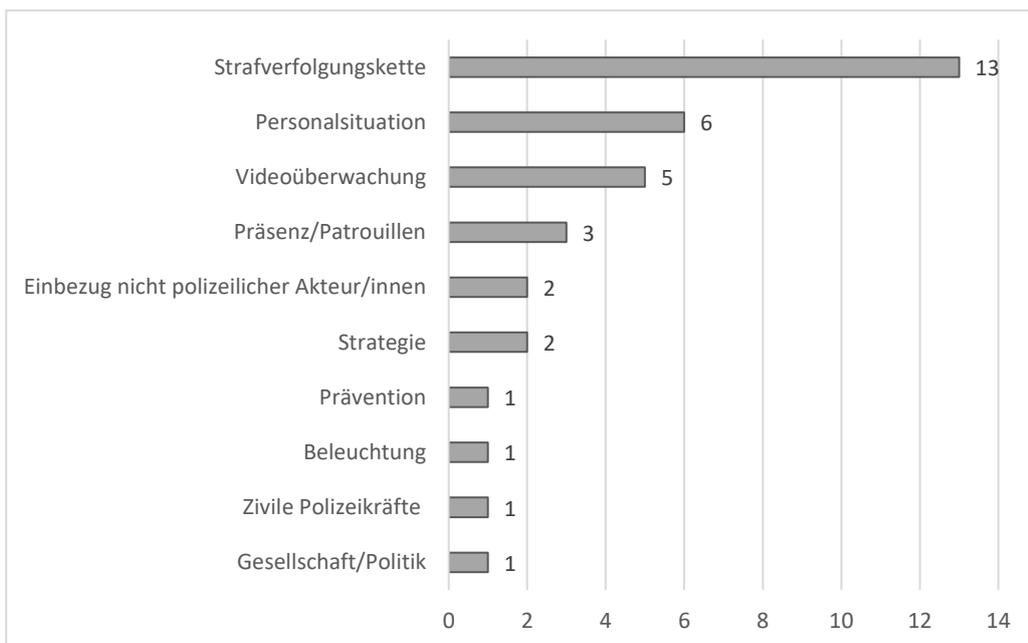
Die als wirkungsvoll erachteten Massnahmenkategorien waren insbesondere diejenigen der Repression und der polizeilichen Präsenz. Teilweise wurden die genannten Massnahmen generell als wirksam erachtet, jedoch wiesen viele der Beantwortungen – vorwegnehmend auf die nachfolgende Frage – auf Problembereiche hin.

Frage 2: Was hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gezeigt und warum?

Die zweite Frage wurde von 28 Personen beantwortet. Unterschiedliche Elemente wurden genannt, weshalb Massnahmen – bisher oder aufgrund von nicht erfüllten Voraussetzungen – nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben sollen.

Hier wurde insbesondere die Ineffizienz und Limitierungen bei der Strafverfolgung beklagt: Dieses Thema treibt die Polizistinnen und Polizisten am meisten um (vgl. Abbildung 3). Auch die ungenügende Personalstärke, die für gute Polizeiarbeit insbesondere an den Hotspots notwendig ist, wurde oft als Grund genannt, weshalb Massnahmen ihre Wirkung nicht entfalten könnten.

Abbildung 3: Was funktioniert nicht?



N=28 individuelle Rückmeldungen. Resultate hier nach Anzahl (von der Autorin durch Verdichtung geschaffenen) «Nennungen» geordnet.

Begründungen, weshalb die Massnahmen nicht so funktionieren, wie sie sollten, wurden in den Antworten nur teilweise gemacht. Sehr oft wurden die bei Frage 1 als wirksam eingestuft Massnahmen – etwa die Videoüberwachung und die Präsenz/Patrouillen – kritisch hinterfragt.³ So beispielsweise die Wirksamkeit der Videoüberwachung, deren Nutzen angesichts fehlender personeller Ressourcen (zur Überwachungsarbeit oder Intervention) teilweise in Frage gestellt wird.

In der nachfolgenden Tabelle werden die von den Teilnehmenden aufgeführten Gründe und Einschätzungen, weshalb angewandte Massnahmen nicht wirkungsvoll sein mögen, erläutert (s. rechte Spalte). Es handelt sich dabei jeweils um eine induktive Verdichtung der Antworten.

Tabelle 2: Massnahmenkategorien/Problembereiche und Gründe, weshalb Massnahmen nicht wirkungsvoll sind

<i>Nicht wirkungsvolle Massnahmen/Problembereiche</i>	<i>Gründe/Einschätzungen, weshalb Massnahmen nicht wirkungsvoll sind</i>
Strafverfolgungskette	<ul style="list-style-type: none"> - Ineffizienz der Strafverfolgung - Polizei kann nicht durchgreifen / die (rechtlichen) Möglichkeiten nicht ausschöpfen - Zu wenig harte Strafen («Kuscheljustiz») - «Sisyphusarbeit», Polizei ist machtlos - Viel administrativer Aufwand, ohne Erfolge - Strafen müssten unmittelbar erfolgen (insbesondere bei kleineren Delikten erfolgt keine schnelle Reaktion) - Täterschaft kann nach Strafbefehl weiterhin aktiv sein - Wenn «nichts geschieht», verliert die Polizei ihre Glaubwürdigkeit - AIG-Massnahmen⁴ greifen nicht
Personalsituation	<ul style="list-style-type: none"> - Zu wenig Personal, z.B. um Präsenz (konstant, kontinuierlich, in genügender Gruppenstärke) aufrecht zu erhalten oder - um bei Videoaufzeichnungen reagieren zu können
Videoüberwachung	<ul style="list-style-type: none"> - Muss ergänzt werden mit anderen Massnahmen (z.B. Präsenz) - Führt zur Verlagerung der Delinquenz - Kameras falsch aufgestellt - Entsprechendes Personal muss vorhanden sein
Präsenz/Patrouillen	<ul style="list-style-type: none"> - Muss mit anderen Massnahmen verbunden sein (z.B. Repression) - Nicht nur stationäre Präsenz, sonst droht Problemverlagerung - Muss vermehrt kombiniert sein mit zivilen Kräften - Es braucht weitere Unterstützung, z.B. durch Einbezug von privaten Sicherheitskräften
Einbezug nicht polizeilicher Akteur/innen	<ul style="list-style-type: none"> - Vernetzung fehlt zum Teil, ohne solche Zusammenarbeit sind Massnahmen nicht wirkungsvoll
Strategie	<ul style="list-style-type: none"> - Ohne Auftrag/Strategie/Koordination sind Massnahmen wirkungslos
Prävention	<ul style="list-style-type: none"> - Prävention verringert die Glaubwürdigkeit der Polizei, sie zeige keine Wirkung
Beleuchtung	<ul style="list-style-type: none"> - Müsste besser kombiniert werden mit anderen Massnahmen
Zivile Polizeikräfte	<ul style="list-style-type: none"> - Ohne zivile Mitwirkende bringen Aktionen mit Personenkontrollen nichts
Gesellschaft/Politik	<ul style="list-style-type: none"> - Rückendeckung durch die Politik, wenig Verständnis für die Polizei

Massnahmenkategorien/Problembereiche sowie genannte Gründe, weshalb Massnahmen *nicht* funktionieren.

³ Auf diese Weise wurden die bei Frage 1 genannten Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Massnahmen wieder aufgegriffen.

⁴ Massnahmen gemäss dem Ausländer- und Integrationsgesetz.

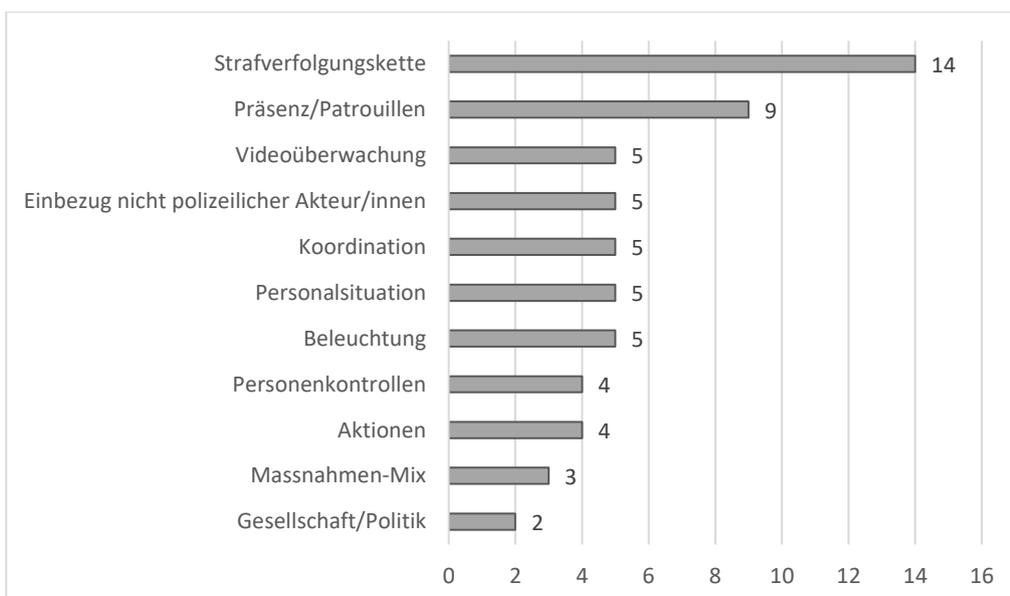
Allen Gründen voran, weshalb die angewandten Massnahmen nicht wirkungsvoll – oder nicht im erwarteten Masse wirkungsvoll – seien, wurden Limitierungen der Strafverfolgung genannt. Ebenso wurde die Personalsituation – die schwindenden personellen Ressourcen – als der positiven Wirkung der Massnahmen an den Hotspots zuwiderlaufend ausgewiesen.

Frage 3: Hast Du Ideen für die zukünftige polizeiliche Hotspot-Bewirtschaftung?

Die dritte und letzte Frage wurde von 26 Personen beantwortet. Als Ideen für die Zukunft wurde eine grosse Bandbreite von Massnahmen- und Bereichen genannt, die auch schon in den vorherigen Fragen angesprochen wurden.

So wurden insbesondere bei der (scheinbaren) Effizienz der Strafverfolgung Verbesserungspotenzial erkannt, zum Beispiel in Form von niederschweligen (rechtlichen) Möglichkeiten zur Sanktion von Straftaten und Delinquenz (vgl. Abbildung 4). Dies könnten zum Beispiel Platzverweise sein. Ebenso wurden härtere und unmittelbar folgende Strafen als Mittel zur Effizienzsteigerung der Strafverfolgung genannt. Die Präsenz der Polizei an den Hotspots wurde oft erwähnt, die möglichst konstant und in genügender Stärke erfolgen soll. Technischen Unterstützungen wie der Videoüberwachung und Beleuchtung wurde ein gewisses Potenzial zur Unterstützung der Hotspot-Bewirtschaftung zugeschrieben. Auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Polizei mit nicht-polizeilichen Akteurinnen und Akteuren, sowie die Abstimmung der Massnahmen mit polizeiinternen und polizeiexternen Anspruchsgruppen waren erwähnte Themen. Die Lösung des Personalproblems wurde hier als entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Umsetzung der Massnahmen ebenfalls angesprochen. Kritik an der «harten» gesellschaftlichen Diskussion von Polizeiarbeit und der (scheinbar) mangelhaften politischen «Rückendeckung» der Polizei wurde auch geäussert.

Abbildung 4: Welche Ideen für die Zukunft gibt es?



N=26 individuelle Rückmeldungen. Resultate hier nach Anzahl (von der Autorin durch Verdichtung geschaffenen) «Nennungen» geordnet.

Weitaus am häufigsten wurden Verbesserungsmöglichkeiten in der Strafverfolgung genannt, dem Bereich, der insbesondere zuvor in Frage 2 als problematisch bezeichnet wurde. Aber auch die

Massnahmenkategorie Präsenz/Patrouillen wurde unter der Voraussetzung von optimierten Bedingungen als vielversprechend erkannt.

In der nachfolgenden Tabelle werden bei den genannten Kategorien die von den Teilnehmenden «Ideen für die Zukunft» detaillierter erläutert (s. rechte Spalte). Es handelt sich dabei jeweils um eine induktive Verdichtung der Antworten.

Tabelle 3: Erläuterung der Kategorien/Themenbereiche zu «Ideen für die Zukunft»

Massnahmenkategorien/Massnahmenbereiche	Als wirkungsvoll erachtete Massnahmen/Ideen für die Zukunft
Strafverfolgungskette	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtliche Sanktionsmöglichkeiten ausschöpfen - Niederschwellige Massnahmen (strafrechtlich, z.B. Platzverweise, AIG, administrative Massnahmen) - Wirksame Strafverfolgung durch härtere Strafen - Konsequentes Durchgreifen der Polizei wird ermöglicht, 0-Toleranz
Präsenz/Patrouillen	<ul style="list-style-type: none"> - Permanente Präsenz/Patrouillen - Uniformiert und zivil kombiniert - In genügender Gruppenstärke - Nicht nur einseitig an den Hotspots, sonst droht Verlagerung
Videoüberwachung	<ul style="list-style-type: none"> - Sollte ausgebaut und optimiert werden - Sollte kombiniert werden mit anderen Massnahmen - Dazu sollten weitere technische Möglichkeiten genutzt werden, z.B. Sprinkleranlage
Einbezug nicht polizeilicher Akteur/innen	<ul style="list-style-type: none"> - Anwohner/innen rund um die Hotspots - Andere Akteur/innen der Verwaltung (z.B. einbinden in das Informationssystem LIS, als gemeinsame Informations-Grundlage)
Koordination	<ul style="list-style-type: none"> - Koordination (intern, abteilungsübergreifend) stärken - u.a. Zusammenarbeit der Akteur/innen in der Strafverfolgungskette
Personalsituation	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserte Arbeitsbedingungen - Motivation für den Polizist/innenberuf muss (wieder) gestärkt werden
Beleuchtung	<ul style="list-style-type: none"> - Optimieren - Situativer Einsatz möglich je nach Lage
Personenkontrollen	<ul style="list-style-type: none"> - Flächendeckende Kontrollen, als ständige Massnahme
Aktionen	<ul style="list-style-type: none"> - Fokussierte Aktionen an Hotspots - Einheit für Hotspot-Bewirtschaftung, die effektiv fokussieren kann
Massnahmen-Mix	<ul style="list-style-type: none"> - Kombinieren von Massnahmen
Gesellschaft und Politik	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkere Legitimierung der Polizeiarbeit

Massnahmenkategorien und -bereiche sowie zusammengefasste Massnahmen und Ideen für die Zukunft.

Bei den «Ideen für die Zukunft» wurden vor allem die bestehenden, bewährten Massnahmen unter der Annahme von erfüllten Voraussetzungen als wirkungsvoll erachtet. Zumeist wurden damit die Massnahmen wiederholt, die bei den vorangegangenen Fragen 1 und 2 bereits erwähnt wurden.

5. Diskussion

Die explorative und nicht-repräsentative Befragung von Mitarbeitenden der Kantonspolizei Basel-Stadt identifiziert die Wahrnehmung von erfolgsversprechenden und weniger wirksamen Massnahmen, und sie hilft, Ideen für die künftige Hotspot-Bewirtschaftung sichtbar zu machen. Die aktuelle Erfahrung bei der Hotspot-Bewirtschaftung der an der Umfrage Teilnehmenden scheint für ihre jeweiligen Einschätzungen nicht ausschlaggebend zu sein: Es konnten keine hinlänglichen Unterschiede inhaltlicher oder gradueller Art, beispielsweise, bei der geäusserten Kritik, Verbesserungsvorschlägen oder Ideen für die Zukunft festgestellt werden.

Im Zentrum stehen die bei der Hotspot-Bewirtschaftung (bewährten), klassischen Massnahmen der Polizeiarbeit, ergänzt mit gewissen innovativen Ansätzen. Auch die Ideen für die zukünftige Hotspot-Bewirtschaftung zielen insbesondere auf die Optimierung von bestehenden Massnahmen ab: Präsenz, repressive Massnahmen und in Ergänzung dazu städtebauliche/technische Massnahmen wie Videoüberwachung und Beleuchtung liegen bei den Nennungen ganz vorne. Auch, aber weniger häufig, wurden das vernetzte, interdisziplinäre Arbeiten, der Einbezug unterschiedlicher nicht polizeilicher Akteurinnen und Akteuren und die niederschwellige Ansprache der potenziellen Problemgruppen genannt. Insgesamt kann aus einer Reihe von Antworten gefolgert werden, dass die integrale Polizeiarbeit und vernetztes, interdisziplinäres Arbeiten bei den meisten Beantwortenden grundsätzlich gut ankommen.

Insgesamt waren die Antworten auf die drei Fragen nicht immer klar voneinander abgrenzbar. Einzelne Themenfelder wurden als «Querschnittsthemen» jeweils bei allen Leitfragen abgehandelt – so die Massnahmenkategorien Präsenz/Patrouillen, die repressiven Massnahmen, die Videoüberwachung und Beleuchtung, oder die fehlenden Personalressourcen und das als inadäquat eingeschätzte Strafverfolgungssystem. Kritik und Optimierungsbedarf wurde bei allen Themen verortet, auch bei Massnahmen die «eigentlich» (im Sinne von «wenn denn richtig eingesetzt») als wirkungsvoll eingestuft werden.

Zu guter Letzt ist unübersehbar, dass die Meldungen aus der Praxis eine gewisse Unzufriedenheit von Polizistinnen und Polizisten mit der Handhabung von Hotspots, zumindest aber ein starker Wunsch nach Verbesserung ausdrücken. Dieses Bedürfnis ist aus wissenschaftlicher Sicht eng mit dem Konzept der sogenannten Vergeblichkeitserfahrungen verbunden. Bekanntlich kann die Polizei viele soziale Probleme nicht lösen, sie lediglich ordnen, vorbeugen, administrativ verarbeiten oder gegebenenfalls unterdrücken. Bei Hotspots ist dieser Umstand besonders stark ausgeprägt, zahlreiche (wenn auch nicht alle) Praktikerinnen und Praktiker deklarieren ein Gefühl von begrenzter Wirkungsfähigkeit, oder auch von «Sisyphusarbeit» mit «endlos» wiederkehrenden Problematiken, die ungelöst sind und bleiben. Angesichts dessen rücken wenig überraschend bei Polizistinnen und Polizisten auch scheinbare Versäumnisse anderer in den Fokus. Dies etwa bei der anschliessenden Strafverfolgungskette, die als zentrale Lösung für die wiederkehrenden Problematiken angesehen oder zumindest als solche herbeigesehnt wird. Teils mündet die Vergeblichkeitserfahrung auch in dem Argument und dem scheinbaren Lösungsansatz, wonach der bestehende eigene Handlungsspielraum auch konsequenter ausgenutzt werden braucht. Und letztlich wird die begrenzte Fähigkeit der Behörden, Probleme an den Hotspots «zu lösen» teilweise auch mit einer Wahrnehmung mangelnder Unterstützung durch Politik und Gesellschaft verknüpft – im Sinne eines mangelnden Verständnisses der grossen Herausforderungen, welche die Bewirtschaftung von Hotspots für die Polizei institutionell und personell darstellt. Damit stehen bei der Einschätzung von Massnahmen an Hotspots auch weitere Themen im Hintergrund als reine «angewandte» Lösungsstrategien. Diese weiteren Themen treten im Kontext des personellen Unterbestands besonders stark zutage.

6. Schluss

Die Umfrage unter Mitarbeitenden der Kantonspolizei Basel-Stadt ist Teil eines grösseren Rechercheprojekts über polizeiliche Hotspot-Bewirtschaftung. Dieses beinhaltet auch eine Erfassung von Ansätzen schweizerischer Polizeikorps und Einzelinterviews mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten des Themas. Die drei Teilstücke ergänzen sich und nähern sich der Thematik von unterschiedlichen Perspektiven an: Die direkte Befragung von Polizistinnen und Polizisten hier soll den Erfahrungsschatz dieser Personen sammeln und direkter sichtbar machen. Die Umfrage bei Schweizer Polizeikorps beleuchtet Themen wie die Wirkungsmessung und strategische Verankerung der polizeilichen Hotspot-Bewirtschaftung.⁵ Die Interviews mit den Expertinnen und Experten erbringt eine noch detailliertere empirische Vertiefung der Hotspot-Bewirtschaftung im Kanton Basel-Stadt.

Letztlich bleibt die Hotspot-Bewirtschaftung eine interdisziplinäre Herausforderung, welche eine klare Koordination und substanzielle Beiträge von vielen Akteurinnen und Akteuren bedarf, auch über die Polizei hinaus. Die Komplexität eines solchen, grösseren Dispositivs stellt zwingend die Frage nach seiner Koordination und übergeordneten Verantwortung. Polizeiliche Massnahmen und auch Massnahmen, welche gegebenenfalls die Polizei entlasten, müssen aus einer Gesamtschau gefasst und bewertet werden.

7. Bibliographie

Averdijk, Margrit; Eisner, Manuel; Luciano, Eva C.; Valdebenitom Sara und Obsuth, Ingrid. 2015. *Wirksame Gewaltprävention. Eine Übersicht zum internationalen Wissensstand*. Im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), Nationales Programm Jugend und Gewalt und des Schweizerischen Fonds für Kinderschutzprojekte. 2. Überarbeitete Auflage März 2015. [Online] Abrufbar [Wirksame Gewaltprävention \(schulnetz21.ch\)](http://schulnetz21.ch)

⁵ Die Studie ist auf der Website der Abteilung Polizeiwissenschaften verfügbar: [Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt - Polizeiwissenschaften \(bs.ch\)](http://kantonspolizei.bs.ch)